



Die Milliardenrisiken des Bundes

Wenn es schief läuft, könnten Bürgschaften und Garantien den Steuerzahler bis zu einer Milliarde Franken kosten

Nach der kostspieligen Affäre rund um die Hochseeflotte hat die Finanzdelegation alle Eventualverbindlichkeiten des Bundes prüfen lassen – mit erstaunlichem Resultat.

HEIDI GMÜR, BERN

20 Milliarden Franken. Das ist die Summe aller Eventualverbindlichkeiten wie Garantien oder Bürgschaften der Eidgenossenschaft per Januar 2017. Für diesen Betrag muss der Bund theoretisch geradestehen – wenn alles schief läuft. Dazu wird es kaum je kommen. Aber bei immerhin fünf Prozent dieses Betrags, also einer Milliarde Franken, beurteilt die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) «im heutigen Umfeld» die Wahrscheinlichkeit als hoch, dass der Bund Zahlungen wird leisten müssen. Dies geht aus dem Jahresbericht der Finanzdelegation hervor, der diese Woche publiziert wurde. Die Delegation ihrerseits stützte sich dabei auf einen Prüfbericht, den sie bei der EFK in Auftrag gegeben hatte.

Der Prüfbericht ist wegen ausstehender Übersetzungsarbeiten derzeit zwar noch nicht zugänglich. Wie mehrere Quellen bestätigen, entfällt aber über die Hälfte der gefährdeten Milliarde auf

Bürgschaften des Bundes für Hochseeschiffe, die unter Schweizer Flagge fahren. Die Krise der Hochseeschifffahrt hat den Steuerzahler bekanntlich bereits 215 Millionen Franken gekostet; in dieser Höhe wurden letztes Jahr Bürgschaften des Bundes fällig, weil dreizehn Schiffe von zwei insolventen Reedereien mit massivem Preisabschlag verkauft werden mussten. Den entsprechenden Nachtragskredit hat das Parlament ebenfalls letztes Jahr gutgeheissen. Es verbleiben jedoch Bürgschaften für weitere 29 Hochseeschiffe.

Wie der soeben publizierten Staatsrechnung 2017 zu entnehmen ist, beläuft sich deren Summe derzeit noch auf 526 Millionen Franken; das Finanzdepartement erachtet bei 100 Millionen Franken einen Mittelabfluss als «wahrscheinlich» (Wahrscheinlichkeit von über 50 Prozent) und hat entsprechende Rückstellungen gebildet. Die Finanzdelegation schreibt dazu in ihrem Jahresbericht, es bestehe «berechtigte Hoffnung, dass sich ohne einen unvorhergesehenen Wirtschaftseinbruch die Lage der Reedereien weiter verbessert» und das Verlustrisiko des Bundes abnehme.

Ein weiterer Betrag von 320 Millionen Franken, bei dem es nach Beurteilung der EFK derzeit mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Zahlungen kommen könnte, betrifft dem Vernehmen nach die

Pensionskasse des Bundes, die Publica. Und schliesslich hat sie auch bei Eventualverbindlichkeiten des Bundes im Zusammenhang mit Liegenschaftskomplexen der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Lausanne (EPFL) erhöhte Risiken ausgemacht.

Die restlichen rund 19 Milliarden Franken betreffen unter anderem den sozialen Wohnungsbau, konzessionierte Transportunternehmen und Pflichtlagerhaltungen. Es sei ein Sammelsurium an Positionen, heisst es. Gemäss Jahresbericht der Finanzdelegation wird «bei Sachverhalten im Umfang von 4 Milliarden Franken die Eintretenswahrscheinlichkeit der Risiken als mittel eingestuft», während die übrigen Sachverhalte (15 Milliarden Franken) eine tiefe Eintretenswahrscheinlichkeit ausweisen.

Da Bürgschaften und Garantien «generell ein inhärentes Ausfallrisiko beinhalten», mahnt die Finanzdelegation an, beide Instrumente «grundsätzlich zurückhaltend» einzusetzen. **Ihr Vizepräsident, FDP-Nationalrat Albert Vitali, bezeichnet auf Anfrage den gegenwärtig gefährdeten Anteil von 5 Prozent aller Eventualverbindlichkeiten als überblickbar; die böse Überraschung bei der Hochseeflotte soll aber eine Warnung insbesondere vor Solidarbürgschaften sein.**